

Gewerkschaften und Verein für Socialpolitik in der Weimarer Republik

Volker vom Berg, geboren 1945 in Langenhorn/Husum, studierte Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft in Münster und Bochum. 1973 legte er die 1. Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ab. Er ist gegenwärtig Studienreferendar in Essen.

Die historisch-politische Ausgangslage

Etwa zur gleichen Zeit traten die deutschen Gewerkschaften, soweit sie nicht konfessionell orientiert waren, und der Verein für Socialpolitik ins Leben. Beide entstanden sie an der historisch bedeutsamen Schwelle des Übergangs von „Kleinstaaterei und . . . preußische(m) Verfassungskonflikt“ zum „großartige(n)

Aufschwung des Deutschen Reiches seit 1866 und 1870¹⁾). Den sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund jener Jahre kennzeichnete die rasche Aufwärtsentwicklung bei der Industrialisierung des eben erst geschaffenen Zweiten Reiches ebenso wie die Tatsache, daß das Anwachsen des Industrieproletariats in aller Deutlichkeit die „soziale Frage“ aufwarf. Das weitgefächerte Spektrum der Ansichten zu diesem Problem reichte von der Forderung nach tiefgreifender gesellschaftlicher Umgestaltung bei der frühen sozialdemokratischen Arbeiterpartei über die gemäßigten Reorganisierungsvorstellungen bei den konfessionell gebundenen Gruppen bis hin zu den eher staatspolitisch-pragmatischen Ideen in Regierungskreisen, durch „rechte(s) Eingreifen des Staates . . . die Mehrzahl der Arbeiter mit der bestehenden Staatsordnung auszusöhnen“²⁾). Ganz überwiegend begriff man auf Seiten der Etablierten die soziale Frage zuerst als eine gefährliche politische Herausforderung, der es mit materiellen Zugeständnissen zu begegnen galt. Unter ähnlichem Blickwinkel sahen die Vorläufer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die im Ideenfeld *Lassalles* allein der politischen Aktion das Wort redeten und so 1869 den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverband“ lediglich als gewerkschaftliche Unterabteilung der politischen Bewegung gründeten, die Problematik. Relativ losgelöst und unabhängig von der politischen Organisation dagegen entstanden auf Initiative der Eisenacher Sozialdemokratie und als Weiterentwicklung der Arbeiterbildungsvereine sozialistisch orientierte Gewerkschaften in Deutschland.

Die Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb staatlicher Stellen und in den Kreisen wilhelminischen Besitz- und Bildungsbürgertums nahmen daher fast ausschließlich ihren Ausgang von der sozialen Frage als einer politischen Gefahr für die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. In dieser Sicht auch vereinten sich am 8. Oktober 1872 in Eisenach Vertreter aus Wissenschaft und Gesellschaft, um den Worten *G. Schmollers* zuzustimmen, der die soziale Frage als den „tiefen Zwiespalt, der durch unsere gesellschaftlichen Zustände geht“³⁾ charakterisierte und dabei aus dem „Kampf, welcher heute Unternehmer und Arbeiter, besitzende und nichtbesitzende Klassen trennt, (die) mögliche Gefahr einer uns zwar bis jetzt nur von ferne, aber doch deutlich genug drohenden sozialen Revolution“³⁾ entstehen sah. Ein Jahr später ging aus dieser ersten Zusammenkunft der Verein für Socialpolitik hervor, der sich alsbald zu einem bedeutenden Forum bürgerlicher und zumeist akademisch gebildeter Sozialreformer gegen die „Agitation Lassalles“⁴⁾ entwickeln sollte. Schmollers Zielformulierung unterstrich, auf welcher politischen Frontseite man zu kämpfen gedachte, wozu man sich rasch ein weitgehend konfliktfreies Verhältnis zur monarchistischen Staatsgewalt und ihrer Bürokratie schuf, indem man ihr

1) Vgl. F. Boese, *Geschichte des V. f. S. 1872—1932*, 1939, S. 6 f.

2) Vgl. Brief Bismarcks an Itzenplitz v. 17. 2. 71, *GW* 6c, S. 11

3) Vgl. Eröffnungsrede Schmollers, in: Boese, S. 6 f.

4) Vgl. Boese, S. 1.

ohne Einschränkungen das Recht zuerkannte, „über den egoistischen Interessen stehend“⁵⁾ Gesetze zu geben, um mit gerechter Hand die Schwachen zu schützen und die unteren Klassen zu heben. Zwar hatten die Arbeiter, über deren „sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt“⁵⁾ man im V. f. S. nachdenken wollte, durchaus ihren verbal gleichberechtigten Platz neben „einer bestimmten Anzahl hervorragender Parteiführer, Journalisten, Gelehrten (und) Industriellen“⁶⁾, doch wies die Teilnehmerliste zur Gründungsversammlung unter den insgesamt 160 Erschienenen gerade zwei Delegierte aus Arbeiterkreisen aus⁷⁾. Als „Gewerkschafter“ nahm allein *Dr. M. Hirsch* als Vertreter der Hirsch-Dunckerschen-Gewerkvereine teil. Die Repräsentationslücke, die damit für den weitaus größten Teil der deutschen Arbeiterschaft zutage trat, erwies sich als naheliegende Antwort sozialistischer Gewerkschaften, wenn Schmoller für den V. f. S. das Problem der sozialen Frage nicht so sehr aus dem Gegensatz der wirtschaftlichen Lage zwischen den Klassen ableitete, sondern vielmehr aus der von ihm diagnostizierten „Kluft in Gesittung, Bildung, Anschauungen und Idealen“⁸⁾. Vom staatsbezogenen Ansatz her trafen sich die bürgerlichen Sozialreformer im V. f. S. durchaus auch mit frühen Vorstellungen etwa *Bismarcks* und seines Beraters *H. Wagners*, die beide soziale Befriedigungsmodelle begünstigten, in denen die entscheidende Gestaltung der sozialen Lage der Arbeiterschaft allein der „Aktion der gegenwärtig herrschenden Staatsgewalt“⁹⁾ zugeordnet war. Fürs erste allerdings erwachsen der Arbeiterschaft bzw. deren Gewerkschaften kaum irgendwelche materiellen oder ideellen Verbesserungen weder durch staatliche Aktionen noch durch die aufklärerischen Bemühungen der alsbald „Kathedersozialisten“ geheißenen Mitglieder des V. f. S.

Das innenpolitische Bündnis mit den Liberalen, auf das sich der erste Kanzler während des Kulturkampfes stützte, verhinderte vorerst eine staatliche Sozialpolitik selbst als Staatspolitik¹⁰⁾. Im Gegenteil, das Anwachsen der Sozialdemokratie, die seit dem Vereinigungsparteitag in Gotha (1875) zur politischen Kraft heranwuchs, beantwortete der unter dem Schock des *Nobilingschen* Attentates neugewählte Reichstag mit dem Sozialistengesetz, das auch die Entwicklung der freien Gewerkschaften empfindlich traf¹¹⁾. Im Zuge der Repressionspolitik gewann erst die soziale Frage als Arbeiterfrage erneut politisch zentralen Stellenwert. Die geistige Befruchtung und Durchdringung der verantwortlichen Ministerialbürokratie mit sozialpolitischem Ideengut wesentlich aus dem Kreise der Kathedersozialisten¹²⁾ hatte den Boden vorbereitet für die Sozial-

5) Vgl. Boese, S. 8.

6) Vgl. Gründungsaufruf zum V. f. S., in Boese, S. 248 f.

7) Vgl. Liste bei Boese, S. 243 f. — Es waren dies aus Essen der Delegierte Lindemann und aus Berlin R. Ranisch als Vertreter der Berliner Metallarbeiter.

8) Vgl. Boese, S. 9.

9) Vgl. Anm. 2.

10) Vgl. H. Rothfels, Prinzipienfragen der Bismarckschen Sozialpolitik, in: Bismarck, 1970 (Neudruck).

11) Allein die H.-D.-Gewerkvereine blieben unbeschadet.

12) Z. B. war A. Schäffle Gutachter bei der Ausgestaltung der Sozialversicherung der 80er Jahre. Später basierten die Reformen der Ära Berlepsch/Posadowsky u. a. auf Anregungen von G. Schmoller und H. Wagner.

politik der 80er Jahre. Allein ihre offensichtliche Korrelatsfunktion zur polizeistaatlichen Verfolgung und Unterdrückung der politischen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft reduzierte ihre gewünschte Integrationskraft ganz erheblich. Die Folgen der erzwungenen Isolation, die für eine halbe Generation die Arbeiterschaft, soweit sie sozialdemokratisch dachte und handelte, als „vaterlandslose Gesellen“ außerhalb der Gesellschaft ansiedelte, zeigten sich nach 1890 durchaus unterschiedlich: Während die Sozialdemokratie auf dem Parteitag zu Erfurt ein im Grundsatzurteil von Marx abgeleitetes Programm verabschiedete und sich damit bewußt als Klassenkampfpartei organisierte, schlossen sich die freien Gewerkschaften 1890 in der Generalkommission zusammen, um künftig unter der Führung von *C. Legien* bei scharfer Scheidung von der Partei „auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft“¹³⁾ stehend hauptsächlich Organisationsmacht zu entwickeln. Zwar gab bereits diese Voraussetzung der gewerkschaftlichen Arbeit ein prinzipiell tragfähiges Fundament zur Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Sozialreform ab, doch sollte es — abgesehen von sporadischer Teilnahme einzelner Gewerkschaftsmitglieder an den Kongressen und Tagungen des V. f. S. oder der Gesellschaft für Soziale Reform und anderer Vereinigungen — noch bis zur Kriegszeit dauern, ehe die Generalkommission korporatives Mitglied in den o. g. Kreisen wurde¹⁴⁾.

An der Frage des Koalitionsrechtes, die nach 1890 die sozialpolitische Diskussion immer wieder beherrschte, schieden sich auch die Geister im V. f. S. Das Entscheidungsdilemma jeder konservativen Sozialreform im kaiserlichen Deutschland, dem Standpunkt der Arbeitgeber in dieser Frage nicht Paroli bieten zu dürfen wegen der ideologisch verkleisterten Identität von Kapital- und Gemeinwohlinteresse, den Gewerkschaften aber gleichfalls nicht voll zustimmen zu können wegen der befürchteten Machteinbuße für den Staat, verhinderte eine Kooperation¹⁵⁾. Früher und leichter fanden dagegen die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften Anschluß an die Ideenwelt der bürgerlichen Sozialpolitiker¹⁶⁾. Endgültig ließ das national einigende Augusterlebnis mit seinen Folgen die Früchte des schon fast traditionellen gewerkschaftlichen Reformismus und etwas jüngeren parteiinternen Revisionismus reifen. Freie Gewerkschaften und MSPD legitimierten sich zur Verantwortungsübernahme — ihre Domestizierung nicht nur durch die „Resultate der . . . Konsumvereine“¹⁷⁾, sondern auch mittels „unserer Rechtsgleichheit, unserer allgemeinen Schul- und Wehrpflicht“¹⁸⁾, wie es schon Schmoller 1872 vorausgesehen zu haben schien,

13) Vgl. „An die Mitglieder der Gewerkschaften“, in: *Correspondenzblatt*, Nr. 3, S. 9 f.

14) Noch 1914 hielt Legien eine korporative Mitgliedschaft für nicht ratsam, damit nicht dortige Beschlüsse auch die Gewerkschaften bänden.

15) Selbst Torsichtige Versuche zum Gedankenaustausch brachten sofort heftige Klassenschelte der Partei ein. Vgl. J. Varain, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat*, 1956, S. 22.

16) Was ihnen die schärfsten Angriffe der Unternehmer eintrug. Vgl. z. B. E. Kirdorf auf der Kartelldebatte des V. f. S. in Mannheim 1905, in: *Schriften des V. f. S.*, Bd. 116.

17) Vgl. Th. Vogelstein, in: *Schriften des V. f. S.*, Bd. 159, S. 119. 18) Vgl. Boese, S. 9.

machte die Bahn frei auch zur Zusammenarbeit mit staatlicher Verwaltung und deren überwiegend kathedersozialistischen Inspiratoren auf sozialpolitischem Gebiet.

*Der Verein für Sozialpolitik und die freien Gewerkschaften
in der sozialpolitischen Diskussion von Weimar bis Potsdam*

Die Festigung der Kommunikationsbande zwischen den freien Gewerkschaften und der hier durch den V. f. S. vertretenen bürgerlichen Sozialreform basierte aus freigewerkschaftlicher Sicht auch darauf, daß man die bereits 1896 von Legien geforderte Handlungsmaxime: „Gewerkschaften müssen unbedingt Sozialpolitik, dagegen . . . nicht . . . Parteipolitik betreiben“¹⁹⁾ konsequent umgesetzt hatte und bewußt „die Formulierung der politischen und sozialen Ziele . . . der Partei überlassen“²⁰⁾ hatte. Mit diesem freiwilligen politischen Eunuchentum besaß man einen weiteren wesentlichen Berührungspunkt zu den apolitischen Traditionen deutschen Wissenschaftsselbstverständnisses, dem u. a. der V. f. S. mit dem Ergebnis des Werturteilsstreites ein bleibendes Denkmal gesetzt hatte. Was auf der politischen Ebene der *Ebert-Groener-Pakt* und in verbandlicher Sicht die Zentralarbeitsgemeinschaft vorzeichneten, spiegelte sich im Verhältnis der freien Gewerkschaften zu Vertretern wissenschaftlicher Sozialpolitik als zuerst enge, schließlich aber ebenfalls enttäuschende und fruchtlose Symbiose aus gewerkschaftlicher politisch-strategischer Orientierungslosigkeit und dem bald wieder unerschütterten Statusvorteil derjenigen, die seit nunmehr fast fünfzig Jahren die Grundlegung und Ausgestaltung der staatlichen Sozialpolitik als in erster Linie Vorsorgepolitik gegen die politischen Ansprüche des Vierten Standes wissenschaftlich überhöhten. Unter den Bedingungen der im November 1918 umfassend in Demokratie und Volkssouveränität übergeleiteten politisch-sozialen Mobilisierungseffekte einer modernen Industrie- und Wachstumsgesellschaft gestalteten sich die Beziehungen der Freien Gewerkschaften zu Apologeten traditioneller Sozialreform durchaus wechselvoll. Der Versuch, diesen Veränderungen am Beispiel des engeren Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und dem V. f. S. im Zusammenhang des übergreifenden politisch-sozialen Gestaltwandels der Zwischenkriegsphase nachzuspüren, erscheint um so lohnender, als es sich der Verein Ende 1932 zum besonderen Ruhme anrechnete, „daß er es verstanden hat, mit dem Wandel der sozialen Problematik Schritt zu halten, so daß er selbst ein getreues Spiegelbild der sozialen Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahren darbietet“²¹⁾.

Der gemeinsame Anfang in der Republik

In der Hoffnung „auf Rückkehr einigermaßen geordneter Verhältnisse“²²⁾ trafen sich die Erwartungen der Vereinsleitung unter *H. Herkner* mit den Ab-

19) Vgl. J. Varain, S. 19.

20) Vgl. H. Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1971, S. 177.

21) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 187, S. 6.

22) Vgl. Boese, S. 156.

sichten der freigewerkschaftlichen Organisationsführung, die sich aus gewerkschaftspolitischen und organisationstaktischen Erwägungen heraus schon längst in engster Zusammenarbeit mit Demobilmachungsämtern und Unternehmervertretern an der Wiederherstellung baldiger Ordnung in Staat und Wirtschaft beteiligten. Die frühe Bereitschaft von Gewerkschaftsführern, staatspolitische Verantwortung zu übernehmen²³), führte einerseits organisationsintern bei dem starken Zustrom neuer Mitglieder zu einer außerordentlichen Schwächung der ehemals politisch relativ gefestigten Organisationsstruktur, was sie auf die Kooperationsangebote seitens der alten staatstragenden Gruppierungen wie z. B. der Arbeitgeber nur angewiesener machte. Sie hatte andererseits aber auch zur Folge, daß die Doppelbelastung der politischen Abwehr der permanenten Links-Bedrohung in der Frühzeit der Republik und der ersten Reaktionen auf das intransigente arbeitsgemeinschaftliche Spiel besonders der schwerindustriellen Unternehmerschaft²⁴) die Erarbeitung einer theoretisch fundierten gesellschaftspolitischen Konzeption zum Aufbau der sozialen Demokratie vorerst verhinderte. Statt dessen griff man auf die keineswegs mehr der politisch-psychologischen Situation entsprechende pragmatisch-konventionelle Sicherung der Organisationsmacht zurück²⁵).

Auf der ersten Nachkriegstagung des V. f. S., die im September 1919 in Regensburg stattfand, behandelte man mit der Sozialisierungsproblematik eine höchst aktuelle Fragestellung. Der V. f. S. schien damit an seine einstmals führende Rolle in der sozial- und wirtschaftspolitischen Diskussion anzuknüpfen und zugleich seiner Auffassung von den unbedingt gesellschaftsbezogenen Aufgaben der Wissenschaft Ausdruck geben zu wollen. Der Tagungsverlauf bewies jedoch, daß man im V. f. S. auch weiterhin „wie bisher über den Parteien stehend mit wissenschaftlicher Schärfe und strenger Unparteilichkeit“²⁶) zu reflektieren gedachte und nach traditionellen Antworten auf die Probleme und Gefahren „der stürzenden und drängenden Gegenwart“²⁶) suchte. Die Sozialisierungsdebatte, zu der die Vereinsleitung auf vereinschriftliche Vorbereitung verzichtet hatte und lediglich Referenten aus der inzwischen wieder aufgelösten ersten Sozialisierungskommission²⁷) gebeten hatte, brachte keinen gemeinsamen Standpunkt. Zu kontrovers blieben die Auffassungen zwischen den Exponenten der Diskussion *E. Lederer* und *Tb. Vogelstein*. Während Lederer engagiert gegen starken stimmungsmäßigen Widerstand die Möglichkeit sah und beschrieb, „das Prinzip einer demokratischen Wirtschaft, welche von allen Klassen gewollt und getragen wird, zu realisieren“²⁸) und auf dem Wege der Kombination von Betriebsrätesystem, Vermö-

23) Von der MSPD-Fraktion war ein Drittel Gewerkschafts-Funktionäre, darunter 5 Mitglieder der Generalkommission und 9 Vorsitzende der Einzelgewerkschaften.

24) Vgl. hierzu am Beispiel der Arbeitszeitpolitik eine Studie des Verfassers, Die Arbeitszeitfrage im Ruhrbergbau als frühes politisches Problem der Weimarer Republik, in Kürze in der GWU.

25) Vgl. in diesem Zusammenhang die Resolution A 7 des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, mit der die parteipolitische Neutralität proklamiert wurde. In: Gew.-Kongreß 1919, S. 56.

26) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 159, S. 5.

27) Von ihren 12 Mitgl. waren fünf auch Vereinsmitglieder.

28) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 159, S. 116 f.

gensabgabe und Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige jene wirtschaftliche Zwischenform zu schaffen, welche zwar „noch nicht Sozialismus ist . . . , aber eine Zwischenform, welche aus ihrer eigenen Weiterentwicklung heraus zur klassenlosen Gesellschaft führt" ²⁸⁾, fand Vogelstein eine weitaus positiver eingestellte Versammlung vor, die sich immerhin in der Zwischenzeit ganz ohne Widerspruch die „Hochachtung der persönlichen Kraft der Betriebsleiter, die wir aus kulturellen Gründen nicht entbehren können" ²⁹⁾ als Aufgabe hatte zuweisen lassen. In diese Stimmungslage hineingesprochen, begegnete ihm breite Zustimmung, als er kurzerhand alle Probleme der Wirtschaftsverfassung und -Organisation in Fragen des „wirtschaftlichen Geistes" ³⁰⁾ vereinigte. Die strikte Ablehnung des Betriebsrätesystems als Mitbestimmungsmodell, soweit es über den alten Arbeiterausschuß hinausging, verband Vogelstein mit der Forderung nach vollständiger Abkehr „von einem System unhaltbarer Vorschriften und Pläne" ³¹⁾. Die ganze Debatte erreichte mit Vogelsteins Antrag, der V. f. S. möge in einer Resolution fordern, daß „in unserer demokratischen Zeit auch dem Volke zur Verfügung gestellt wird, . . . was von der Sozialisierungskommission an Material vorhanden ist" ³¹⁾, einen politischen Höhepunkt, der dem überparteilichen und werturteilsfreien Selbstverständnis des Vereins gefährlich werden konnte, selbst wenn die geforderte Publikation auch in der Hauptsache den Zweck hatte, die Regierungspolitik (Kabinett G. Bauer) in der Sozialisierungsfrage bloßzustellen ³²⁾. *Prof. K. Rathgen* als Tagungsleiter blockte jedoch den Vorstoß rasch mit dem Hinweis ab, man habe „in unseren Generalversammlungen nicht die Gepflogenheit, Beschlüsse zu fassen" ³³⁾. Dieser erste Versuch in der Nachkriegszeit, den V. f. S. wegen eines kurzfristig lohnend scheinenden Zieles seiner sorgsam gepflegten Selbststilisierung als unabhängig-überparteiliches Diskussionsforum für wissenschaftlich wertfreie Sozial- und Wirtschaftspolitik zu entkleiden, scheiterte durch den Rückgriff auf den seit 1879 eingeführten Verzicht auf Abstimmungen über Resolutionen politischen Inhalts³⁴⁾. Das also gewährte Traditionsgesicht apolitischer Wissenschaftlichkeit³⁵⁾ schien dann *H. Potthoff* (Referent für Arbeitsrecht im bayr. Ministerium für soziale Fürsorge) und *P. Umbreit* Anlaß genug, sich vom Verlauf und Ergebnis der Tagung ein wachsendes Vertrauen breiter Volksmassen zur volkswirtschaftlichen Wissenschaft und den Hochschullehrern allgemein zu erhoffen. Insbesondere Umbreit, der als führender Vertreter des eben erst orga-

29) Hiernach verzeichnete das Protokoll „stürmischen Beifall".

30) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 159, S. 125 ff.

31) Vgl. ebenda, S. 137.

32) Art und Inhalt des Materials hatte Vogelstein zuvor angedeutet, als er u. a. ausführte, die Regierung sei „mit der Ankündigung des Betriebsrätegesetzes und ihrer Begründung leichten Sinnes über all das hinausgegangen, was selbst die Neuerkommission des Essener Bergbaus und die extremsten Vertreter in der Sozialisierungskommission wollten.

33) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 159, S. 137.

34) Seit der Frankfurter Tagung 1879, die über die Zollfragen handelte, hatte man die Beschlußfassung im Interesse des Vereinszusammenhalts abgeschafft.

35) Hieran tat auch die später von F. Boese als „Verstärkung der Vereinslinken" charakterisierte Zuwahl zum Ausschuß in 1919 keinen Abbruch. Vgl. Boese, S. 163.

nierten ADGB teilnahm³⁶), drückte die Bereitschaft aus, man wolle „gerne mit den wissenschaftlichen Vereinen zusammenarbeiten“³⁷), wobei er sich davon konkret im V. f. S. eine Untersuchung zum Taylor-System³⁸) versprach, deren Durchführung im „sozialen wissenschaftlichen Sinne“³⁷) dem Verein bestimmt die Dankbarkeit der Arbeiterschaft einbrächte. Das erwartungsvolle Angebot zur Zusammenarbeit mit dem einst sehr kritisch betrachteten V. f. S.³⁹) lag zwar einerseits längst in der Linie des freigewerkschaftlichen „Reformismus“ schon der Vorkriegszeit, doch beleuchteten die Ausführungen Umbreits andererseits auch schlaglichtartig die große durch fehlende theoretische Konzeption erzwungene Absetz- und Fluchtbewegung der Freien Gewerkschaften vor der mit dem November 1918 einmalig eröffneten Chance durchgreifender politisch-sozialer Neugestaltung mit dem Zielsystem einer sozialen Demokratie. Die Hinwendung zu den geistig-psychologischen Symbolträgern einer staatlichen Sozialpolitik, die gerade auch im V. f. S. als konservative Staatspolitik erdacht und vermittelt wurde, blieb allerdings ohne unmittelbare positive Resonanz im Verein, der die erwarteten Antworten offenließ und statt dessen seine nächsten Tagungen der Reform der staatswissenschaftlichen Studien⁴⁰) und der Not der geistigen Arbeiter⁴¹) widmete.

Die Scheidung der Geister zwischen Stabilisierung und Krise

Die Folgejahre nach der Regensburger Tagung kennzeichnete neben vielfachen politischen Wirrnissen mitsamt ihrem Höhepunkt im Kapp-Putsch vor allem die galoppierende Inflation, die zunehmend die materiellen Grundlagen jeder Sozialpolitik fraß. Daneben kündigten sich in den starrer werdenden Fronten der Tarifparteien im Kern jene Auseinandersetzungen an, die die bald mitglieder- und finanzgeschwächten Gewerkschaften in ihrer Substanz bedrohten. Dem Primat der novemberlichen Sozialpolitik widersprachen die Erfordernisse einer produktivitätsorientierten Wirtschaftspolitik. Das Gesicht der sozialen und politischen Reaktion zeigte sich ungeschminkt: In den Staatsstreich-Plänen des Stinnes-Kreises von Ende 1923 endete jene Entwicklungslinie, an deren Ausgang nicht nur die erneute Etablierung des „überparteilichen“ Staates stehen sollte, sondern auch die vollständige Revision der Nachkriegssozialpolitik. Der V. f. S. reflektierte die Ereignisse in eigener Weise, als der Vorsitzende Herkner auf der Jubiläumstagung 1922 in Eisenach den Rückblick mit der Frage nach der Zukunft der Sozialpolitik koppelte und erläuterte, daß „die Statuten des Vereins . . . nicht einmal ein ausdrückliches Bekenntnis zu der Idee der sozialen Reform im allgemeinen“ enthielten. Seine Lagebeurteilung gipfelte in der Feststellung, es

36) Der ADGB bestand seit den Beschlüssen des 10. Gew.-Kongresses, Nürnberg 1919.

37) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 159, S. 165 ff.

38) Das Taylor-System beschrieb höchst umstritten die Methoden zur Produktivitätssteigerung durch Arbeitszeiterlegung. Vergleichbar heutigen Refa-Methoden.

39) Vgl. D. Lindenlaub, Richtungskämpfe im V. f. S., 1967, S. 420 ff.

40) Dies sogar erst- und einmalig durch eine außerordentliche Tagung.

41) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 163.

sei zu „einer Überschätzung der Macht des Staates im Verhältnis zu den natürlichen Gesetzen der Wirtschaft“⁴²⁾ gekommen, und er stellte der von Verbänden und Parteien beherrschten Staatsautorität der Gegenwart den Ausblick auf positive Reorganisation durch eine intakte Beamtenschaft im starken Staat entgegen. Demokratisch eingesetzte und kontrollierte politische Entscheidungsprozesse bedeuteten ihm pauschal Gefahr für die Staatsgewalt, „der Auflösung, der Überwucherung durch die Verbände anheimzufallen“⁴²⁾. Dagegen die Kräfte neu zu mobilisieren und den natürlichen Gesetzen der Wirtschaft Geltung zu verschaffen hieß die neue, wertfrei ideologisierte Aufgabe für den V. f. S. Und zu diesem Zweck war man auch bereit, die vornehme Distanz der Wissenschaftlichkeit aufzugeben, um durch „populär geschriebene und kurzgefaßte Flugschriften“⁴²⁾ die Arbeitermassen unter dem Etikett anzusprechen, in Deutschland die einzige Stelle zu sein, „in welcher noch kollektive Arbeit für eine voraussetzungslose soziale wissenschaftliche Forschung betrieben werden kann“⁴²⁾. Die Einsichten Herkners unterstrich sein Korreferent P. Stein mit Nachdruck, indem er kurz die „Produktion selbst für eine soziale Tat“⁴⁵⁾ erklärte. Zum Schluß formulierte K. Diehl den größten gemeinsamen sozialpolitischen Nenner mit der Beteuerung, man wolle natürlich auch weiterhin Sozialpolitik betreiben und „nicht etwa die Sozialpolitik beschränken, wo es gilt, die Arbeitskraft von Menschen auszubenten“⁴⁴⁾. Alle Probleme der gegenwärtigen Sozialpolitik reduzierten sich damit zum alten obrigkeitstaatlichen Konzept einer bloßen Arbeiterschutzpolitik. Gegen die offenkundige Kursänderung im V. f. S. erhob der Gewerkschafter P. Umbreit scharfen Widerspruch, und er warf insbesondere Herkner vor, er habe den Verein generell von einer sozialen zur liberalen Politikauffassung zurücklenken wollen. Die äußerst heftige Antwort Herkners⁴⁵⁾ verwies eher auf die prinzipielle Berechtigung der Kritik als auf eine überzogene Position von Umbreit, der selbst doch Jahre vorher warme Worte für eine Zusammenarbeit gefunden hatte. Die spektakuläre Auseinandersetzung zwischen Herkner und L. Brentano im Sommer 1923 wegen Herkners Veröffentlichung im Arbeitgeberorgan „Der Arbeitgeber“⁴⁶⁾ verschärfte die Attacken der Gewerkschaften gegen die Vertreter der bürgerlichen Sozialreform außerordentlich⁴⁷⁾.

Das Verhältnis der freien Gewerkschaften zum V. f. S., der bereits wieder positiv zitierfähig auf Arbeitgebersammlungen war, kühlte sich merklich ab und wandelte sich grundlegend nach der Stuttgarter Tagung in 1924. Hier demonstrierte der spätere Vereinsvorsitzende W. Sombart die „Idee des Klassenkamp-

42) Vgl. ebenda, S. 84 ff.

43) Vgl. Boese, S. 173 — P. Stein war Vors. d. Gesellschaft für Soziale Reform.

44) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 163, S. 162.

45) Herkner entgegnete, er habe „nicht gegen Soziales und Sozialismus gesprochen, sondern gegen den Dogmatismus im Sozialen und Sozialismus“. Vgl. Schr. d. V. f. S., 163, S. 161.

46) Vgl. Sozialpolitische Wandlungen in der wissenschaftlichen Nationalökonomie, in: Der Arbeitgeber, 1923, Nr. 3, S. 34 ff. — Herkner vertrat hierin einen fast ausschließlich produktivitätsorientierten Standpunkt. Sein Kontrahent, L. Brentano, der auch Vereinsmitbegründer war, schied hierauf aus. Vgl. L. Preller, Sozialpolitik i. d. Weimarer Republik, 1949, S. 210 f.

47) Vgl. Preller, S. 207.

fes" ⁴⁸⁾ in eine absolute und eine relative Theorie, um erstere als Aberglaube zu entlarven und letztere dem nationalen Prinzip unterzuordnen. Zwar nahmen die Ausführungen Sombarts vordergründig ausschließlich Bezug auf die Sozialdemokratie, die leider nach ihrem „Anlauf zum Nationalen in den Augusttagen des Jahres 1914" ⁴⁹⁾ wieder in ihre alte Ideologie zurückgefallen sei, doch galten seine Bemerkungen zweifellos auch der freien Gewerkschaftsbewegung für den Fall, daß sie ihre gesellschaftspolitisch-strategischen Möglichkeiten nach der Befreiung aus der Umarmung der Kombination staatlicher Schlichtung und gebremster politischer Wirksamkeit der Sozialdemokratie wiederentdeckte und zu erweitern suchte. Vorerst allerdings ermöglichte die vorläufige Reparationsregelung des Dawes-Planes sowie die behutsame Außenpolitik *G. Stresemanns* eine relative Konsolidierung der Republik, die innenpolitisch ein subtiles Gleichgewicht zwischen den allesamt in Aufbauarbeit gebundenen gesellschaftlich-verbandlichen Kräften kennzeichnete.

Schon 1927 jedoch und erst recht 1928 flackerten vor dem Hintergrund einer allgemeinen konjunkturellen Dämpfung die tarifpolitischen Kämpfe mit besonderer Heftigkeit wieder auf⁵⁰⁾. In diese innenpolitisch zunehmend gespannte Atmosphäre setzte der im Reichstagswahlergebnis vom Mai 1928 artikulierte betont sozialpolitische Erwartungsanspruch an die zur Führung berufene Sozialdemokratie ein Datum, das angesichts der parlamentarisch-fraktionellen Schwierigkeiten die freien Gewerkschaften aufgegriffen zu haben schienen, als sie mit großem Einsatz auf ihrem 13. Kongreß (September 1928 in Hamburg) das Programm der Wirtschaftsdemokratie verkündeten. Der dort von *F. Naphtali* eingebrachte gesellschaftspolitische Aspekt in der Gewerkschaftsarbeit beanspruchte wieder mit Nachdruck den „Sozialismus als Gewerkschaftsaufgabe"⁵¹⁾ und setzte in das Zielsystem einer sozialen Demokratie die Stufe der Wirtschaftsdemokratie. Die wenige Tage später in Zürich eröffnete Tagung des V. f. S. bewies recht deutlich, daß wissenschaftliche Orientierungshilfe zu diesem gewerkschaftlichen Programm durch den V. f. S. nicht erwartet werden durfte. Längst schon hatte man aufgehört, Zulieferer wissenschaftlichen Materials für die Gewerkschaften zu sein, die ihrerseits eigene Forschungsinstitute gegründet hatten⁵²⁾. Im Hinblick auf die „nicht endenwollenden Krisen, welche... letzten Endes auf eine die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten außer acht lassende Überspannung der Sozialpolitik zurückzuführen"⁵³⁾ sein könnten, ließ man sich im V. f. S. nur allzugerne als „akademische Lehrerschaft über die Wissenschaft hinaus (wie) die Väter des Vereins (auf) den Mut zur Politik" verpflichten und entwarf hierzu die

48) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 170.

49) Vgl. ebenda, S. 85.

50) Vgl. die Arbeitszeitfrage in der Großisenindustrie ab Mitte 1927, mitteldeutsche Arbeitskämpfe sowie schwierige Tarifverhandlungen im Ruhrbergbau im Frühjahr 1928 und schließlich der Ruhreisenstreit im November 1928.

51) Vgl. S. Schwarz, Handbuch der Gewerkschaftskongresse, 1930, S. 419 ff.

52) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 175, S. 7 ff.

53) Vgl. ebenda, S. 7 ff.

Vorstellung einer sozialen Demokratie, in der „von der Transzendenz her“ (im Original gesp.) die „breiten Unterschichten ergriffen . . . "werden durch den Gedanken der Gemeinschaft (im Original gesp.)". Gewerkschaftliche oder genossenschaftliche Bindungen galt es zu überwinden, damit „die Massen, sobald der Gemeinschaftsgedanke sie ergreift, . . . zu jenem Berufsgedanken vordringen, welcher jeden einzelnen eingliedert in den ökonomischen Kosmos der Zukunft“⁵⁴). Unmittelbar darauf nahm diese Zukunft, in der für gewerkschaftliche Organisationen als politische Faktoren kein Platz mehr war, ihren Ausgang vom Ergebnis der großen Metallarbeitersperrung im November 1928 durch den mächtigen Arbeitgeberverband „Arbeitnordwest“. Die hierbei Tatsache gewordene strategische Niederlage freigewerkschaftlichen gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruches und einer staatlichen Sozialpolitik, die noch verfassungskonform und republikanisch war, stellte — in langfristiger Perspektive — den Anfang einer antidemokratischen Sammlungsbewegung dar, bei der die hereinbrechende Wirtschaftskrise nur noch beschleunigendes Moment in der Entwicklungsrichtung zum überparteilichen und autoritären Staat sein konnte. Während man noch in der Sozialdemokratie und bei den freien Gewerkschaften trotz dumpf empfundener Krise auf die Kraft des Parlamentarismus setzte, formierten sich schon jene gesellschaftlichen Gruppierungen, die die Restauration des alten Obrigkeitsstaates in der modernen Form der Präsidialdiktatur betrieben. Im V. f. S. empfahl man sich dem kommenden Zeitgeist auf der Königsberger Tagung 1930 mit dem Hinweis, man könne „dank der heiligen Pflicht unabhängiger Wissenschaft dazu beitragen, Führer der Massen zu erziehen, fähig auch unpopuläre Wahrheiten auszusprechen“⁵⁵). Im September 1932 endlich, nach dem Preußenschlag v. *Papens*, galt es im Zusammenhang mit der „allmählichen Bewußtwerdung der staatspolitischen und nationalwirtschaftlichen . . . Gebundenheit aller Sozialpolitik“⁵⁶) als beruhigend retrospektive Erkenntnis, daß die Gewerkschaften ihre überragend große Bedeutung „namentlich im letzten Jahrzehnt . . . in unserem politischen Leben gehabt haben“⁵⁶).

Das Verhältnis von wissenschaftlicher Sozialpolitik und gewerkschaftlichem Programm in zeitgeschichtlicher Perspektive

Die Beziehungen zwischen dem V. f. S. als bedeutendem Vermittler einer stets staatsbezogenen sozialpolitischen Tradition und den Gewerkschaften sozialdemokratischer Prägung nahmen in den vierzehn Lebensjahren der Weimarer Republik einen recht wechselvollen Verlauf. Beide Organisationen entstammten in Gründungszeit und sozialem Anspruch dem staatlichen Beginn einer deutschen Nation und beide erhielten sie durch das knappe halbe Jahrhundert zwischen zweimal Versailles ihre wesentlichen Prägungen. So vermochte der Verein unter

54) Vgl. ebenda, S. 69 f.

55) Vgl. Schriften des V. f. S., Bd. 182, S. 13.

56) Vgl. ebenda, S. 5 ff.

der Leitung G. Schmollers weitgehend reibungslos mit den staatlichen Stellen im Zweiten Reich zusammenzuarbeiten, da seine soziale Lösungsstrategie, die staatlich-nationale Integration unter Verkürzung der sozialen Frage um ihre gesellschaftspolitisch-emanzipatorische Komponente zu propagieren, im Einklang mit den Zielvorstellungen der herrschenden Allianz aus Feudalaristokratie und wirtschaftsstarker Bourgeoisie stand. Die evolutionären Kreise der freien Gewerkschaften machte dagegen ihre Nähe zu den vaterlandslosen Gesellen in der Sozialdemokratie suspekt. Erst die Lösung aus der Vormundschaft der Partei bei gleichzeitiger Aufgabe eigener politischer Zielprogrammatik bereitete den Boden vor für die theoretische Fundierung des freigewerkschaftlichen Reformismus, der dann wieder auf den parteiinternen Revisionismus zurückstrahlte. Programmatisch bedeutete die Übernahme der Sozialpolitik als Gewerkschaftspolitik⁵⁷⁾, auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, auch eine Annäherung an die Auffassungen im Lager der bürgerlichen Sozialreformer⁵⁸⁾. Zu kooperativen Konsequenzen reichte es jedoch noch nicht⁵⁹⁾. Auf dem Wege zum nationalen Staat verband erst die Kriegszeit beide Organisationen enger und führte sie mit vielen Gemeinsamkeiten über den 9. November 1918 hinweg in die Republik. Während der V. f. S. allerdings die Schwelle zum republikanischen Verfassungsstaat in dem ungebrochenen Selbstverständnis überschritt, weiterhin in „klassischer Intellektuellenhaltung“⁶⁰⁾ der ideologisch als wertfrei deklarierten Beschwörung eines überparteilichen und konservativ-autoritären Staates dienen zu können, fanden sich die Gewerkschaften vor eine eminent politische Aufgabe gestellt, der sie allein mit der Hilfestellung seitens der alten Machträger glaubten gerecht werden zu können. Ihre Antwortsuche verwies sie auf sozialpolitischem Gebiet u. a. auch an den V. f. S., der jedoch die tiefe Erschütterung der inneren Verhältnisse in eigener Weise reflektierte und seine erste Tagung mit der Diskussion der Anschlußproblematik Deutsch-Österreichs einleitete. Je mehr sich die Lage nach dem Inflationsstrudel, der in der Sozialpolitik die Verschiebung zur Wirtschaftspolitik erzwungen hatte, mit leichter Rechts- und Rückwärtstendenz in der Republik konsolidierte, um so größer wurde der Abstand zwischen bürgerlicher Sozialreform im V. f. S. und freier Gewerkschaftsbewegung, die, als sie gegen Ende der 20er Jahre in einer Art politisch-gewerkschaftlicher Doppelstrategie den sozialen und politischen Nachholbedarf von Bielefeld (März 1920) unter dem Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“ einbringen wollte, gerade im V. f. S. einen einflußreichen Widersacher fand. Seine antidemokratischen und sozialreaktionären Kassandrarufer trugen nicht unerheblich dazu bei, den sozialen Gehalt der Republik auszuhöhlen und sie reif zu machen für den Übergang zum Führerstaat. Sein später gleiches Schicksal der Selbstaflösung im Jahr 1936 mindert keineswegs seinen Anteil an

57) Vgl. Legien auf dem SPD-Parteitag 1896, in: SPD 1896, S. 157, und später u. a. P. Umbreit, Gewerkschaften und Sozialpolitik, in: Sozialistische Monatshefte, 1914, S. 780 ff.

58) Vgl. Boese, S. 117 — Hier ein Brief G. Schmollers.

59) Vgl. Anm. 39.

60) Vgl. R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, 1965, S. 308 ff.

der Diskreditierung der Weimarer Demokratie und ihrer bedeutenden Träger: der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ⁶¹⁾). Das erwartungsvolle Vertrauen, das die Gewerkschaften zu Beginn der Republik dem V.f.S. entgegenbrachten, beantwortete dieser mit den „wertfreien“ Maßstäben einer nur ökonomischen Politik als jene sich auf ihre eigenen Möglichkeiten zu sozialer und demokratischer Vorwärtsstrategie zurückzubedenken begannen und den Versuch unternahmen, durch eine demokratisierte Wirtschaft der sozialen und demokratischen Gesellschaft näher zu kommen.

61) Dies mag selbst dann noch gelten, wenn auch die hastigen Versuche der Gewerkschaftsführung, sich der neuen Ordnung dienstbar zu machen, eine erneute Parallele in der Art des Vorgehens sowie eine dubiose ideelle Partnerschaft zu den gleichen Bemühungen des V. f. S. offenbarten. Vgl. u. a. H. Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf*, 1971, S. 101 f. und Boese, S. 270 ff.